



Jan Korte

Mitglied des Deutschen Bundestages
Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der
Fraktion DIE LINKE.

Jan Korte MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Präsidenten des Deutschen Bundestages
Herrn Dr. Wolfgang Schäuble
– im Hause –

per Fax: [REDACTED]

Nachrichtlich:
Referat PD 1 (per Fax: [REDACTED])

Berlin, den 26. September 2018

Jan Korte MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030 227-[REDACTED]
Fax: 030 227-[REDACTED]
jan.korte@bundestag.de
www.jankorte.de

Erster Parlamentarischer
Geschäftsführer der Fraktion
DIE LINKE. im Bundestag

Unterrichtung des Bundestages nach dem EUZBBG
Hier: Nichtzuleitung der Verwaltungsvereinbarung mit Griechenland über die Zurückweisung von Schutzsuchenden

Sehr geehrter Herr Präsident,

leider muss ich Ihnen mitteilen, dass die Bundesregierung sich weigert, dem Bundestag die Verwaltungsvereinbarung mit Griechenland über die Zurückweisung von Schutzsuchenden im Rahmen von vorübergehenden Binnengrenzkontrollen an der DEU-AUT Grenze vom 18. August 2018 zuzuleiten.

Meine Kollegin Gökay Akbulut hatte sich in der Angelegenheit an die Bundestagsverwaltung (Referat PE 5) gewandt. Dessen Anforderung mit der Bitte um Zuleitung der Verwaltungsvereinbarung ist die Bundesregierung nicht nachgekommen. Sie begründete dies damit, dass die Zurückweisungsabsprache mit Griechenland im unmittelbaren Zusammenhang mit den noch nicht abgeschlossenen Verhandlungen über eine ähnliche Absprache mit Italien stehe. Die Herausgabe der Absprache mit Griechenland könnte den Ausgang der Verhandlungen mit Italien beeinträchtigen. Daher sehe die Bundesregierung derzeit von einer Übersendung der Absprache ab.

Trotz Klarstellung durch die Bundestagsverwaltung, dass es sich offenkundig um eine bilaterale Verwaltungsvereinbarung gem. Art. 36 Dublin-III-Verordnung und damit um eine EU-Angelegenheit handelt, über die der Bundestag gem. EUZBBG umfassend, frühstmöglich und fortlaufend zu unterrichten ist und das EUZBBG einen solchen Ausschlussgrund nicht kennt, hält die



Bundesregierung - ohne weitere Begründung - an ihrer Rechtsauffassung fest. Auch der Umstand, dass das Abkommen DE-IT zwischenzeitlich finalisiert und somit das aus Sicht der Bundesregierung bestehende Übermittlungshindernis entfallen ist, worauf die Bundestagsverwaltung die Bundesregierung ebenfalls hingewiesen hat, änderte nichts an der Nichtzuleitung.

Dies ist nicht nachvollziehbar, nicht zuletzt weil die Bundesregierung eine entsprechende Verwaltungsvereinbarung mit Portugal auf Anforderung sehr wohl dem Bundestag zugeleitet hat.

Ich darf daran erinnern, dass es hier nicht lediglich um einfaches gesetzliche Rechte und Pflichten geht, sondern auch um verfassungsrechtliche. Nach Artikel 23 Abs. 2 GG wirkt der Bundestag in Angelegenheiten der Europäischen Union mit. Die Bundesregierung hat den Bundestag umfassend und zum frühestmöglichen Zeitpunkt zu unterrichten. Diese verfassungsrechtlichen Unterrichtungsanforderungen wurden im EUZBBG näher ausgestaltet.

Ich wäre Ihnen daher dankbar, wenn Sie im Rahmen ihrer Möglichkeiten darauf hinwirken könnten, dass die Bundesregierung dem Bundestag die Verwaltungsvereinbarung mit Griechenland über die Zurückweisung von Schutzsuchenden im Rahmen von vorübergehenden Binnengrenzkontrollen an der DEU-AUT Grenze vom 18. August 2018 zuleitet.

Mit freundlichen Grüßen

Jan Korte
1. Parlamentarischer Geschäftsführer